

**Konferenz
der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder
am 2. Juni 2022**

Beschluss

Energiepreise und Energieversorgungssicherheit

Die Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder fassen folgenden Beschluss:

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat auch im vierten Monat nichts von seinem Schrecken verloren. Vielmehr vergrößert sich täglich unermessliches Leid und es ist alles daran zu setzen, dem Angriffskrieg schnellstmöglich Einhalt zu gebieten. Um insbesondere den wirtschaftlichen Druck auf Russland zu erhöhen haben sich die EU-Staats- und Regierungschefs am 31. Mai 2022 auf ein Teil-Embargo für russisches Öl geeinigt. Die Länder unterstützen die Bemühungen des Bundes, eine stärkere Unabhängigkeit von russischen Energieimporten zu erreichen. Auch diesem Ziel dient der beschleunigte Ausbau der Erneuerbaren Energien. Bei der Umsetzung des 6. Sanktionspakets muss die sichere und bezahlbare Versorgung mit Energie zu wettbewerbsfähigen Preisen gesichert werden. Dies ist unabdingbar für die Funktionsfähigkeit des Wirtschafts- und Energiestandortes Deutschland und die Gewährleistung einer sozial ausgewogenen Energieversorgungssicherheit für Privathaushalte, Wirtschaft und Industrie.

In gleicher Weise wie beim Öl ist Deutschland auf eine sichere und konstante Gasversorgung angewiesen.

Die Länder bitten die Bundesregierung, regulatorische Maßnahmen zu ergreifen, um die weitere Spekulation mit Öl, Gas und Strom zu unterbinden und darüber hinaus die vorangegangenen Preiserhöhungen kartellrechtlich zu überprüfen. Bund und Länder haben bereits wichtige Entlastungsschritte beschlossen. Gleichzeitig wird deutlich, dass vor allem Menschen mit geringem Einkommen durch die Teuerung besonders

betroffen sind. Die Bundesregierung wird gebeten, insoweit weitere Entlastungsschritte, auch für Rentnerinnen und Rentner, zu entwickeln.

Protokollerklärung der Länder Brandenburg, Berlin und Sachsen-Anhalt, sowie des Freistaats Sachsen

Der Freistaat Sachsen sowie die Länder Berlin, Brandenburg und Sachsen-Anhalt, geben zu Protokoll, dass sie die Protokollerklärung der Bundesregierung im Rahmen der EU-Entscheidung zum 6. Sanktionspaket gegen Russland, in der bekräftigt wird, dass der Kauf von russischem Öl bis Ende des Jahres gestoppt wird, zur Kenntnis genommen haben.

Sie weisen darauf hin, dass die Entscheidung der Bundesregierung, über die Verständigung innerhalb der Europäischen Union hinauszugehen und die Ausnahmeregelung für den Bezug von Rohöl über Pipelines nicht nutzen zu wollen, schwerwiegende Auswirkungen auf die Raffineriestandorte Leuna und Schwedt und die Versorgungssicherheit Ostdeutschland haben kann.

Sie erwarten von der Bundesregierung, dass im Vorfeld der Umsetzung des Öl-Embargos Maßnahmen getroffen werden, die eine vollumfängliche Versorgung der Raffinerien in Leuna und Schwedt mit anderweitigem Rohöl sicherstellen und somit die Versorgungssicherheit (Ost-)Deutschlands mit Kraftstoffen zu jeder Zeit gewährleisten.

Zudem gehen sie davon aus, dass vor einem Verzicht auf die Abnahme von russischem Öl der Fortbestand der Raffinerien und der Industriestandorte langfristig gesichert sind und die Bundesregierung für den erforderlichen Transformationsprozess die erforderlichen finanziellen Mittel unwiderruflich zusagt.